

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/02/2016

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 03.02.2016,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 19:47 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

Frau Karen Schmick

bis 20:10 Uhr

i. V. f. BM Graßau

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Herr Uwe Gaumann

Herr Rolf Griesenberg

ab 19:10 Uhr

i. V. f. StV Haase

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan

Herr Angelius Krause

Herr Peter Engel

Frau Mandy Florczik

Herr Yannick Klix

Behindertenbeirat, öffentl. Teil

Seniorenbeirat, öffentl. Teil

Kinder- und Jugendbeirat,

öffentl. Teil

Kinder- und Jugendbeirat,

öffentl. Teil

Verwaltung

Herr Ulrich Kewersun

Herr Stephan Schott

Herr Andreas Schneider

Frau Katharina Freimuth

Frau Anette Kruse

Frau Maren Uschkurat

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Graßau

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2016 vom 20.01.2016
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
7. 45. Änderung des Flächennutzungsplans für das Gebiet nördlich der Straße An der Strusbek auf Höhe der Hausnummern 60 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180m, westlich begrenzt durch das Regenklärbecken östlich der Bahntrasse, nördlich begrenzt durch einen Knick an der Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek
 - Abwägung der Stellungnahmen
 - Abschließender Beschluss**2016/007**
8. Bebauungsplan Nr. 97 für das Gebiet nördlich und östlich der Straße "An der Strusbek" auf Höhe der Hausnummern 56 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180 m, westlich begrenzt durch die Bahntrasse der Wirtschaftsbahn, nördlich begrenzt durch die Stadt-/Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek
 - Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 97
 - Beschluss der Bekanntmachung**2015/162**
9. Bebauungsplan Nr. 97 für das Gebiet nördlich und östlich der Straße "An der Strusbek" auf Höhe der Hausnummern 56 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180 m, westlich begrenzt durch die Bahntrasse der Wirtschaftsbahn, nördlich begrenzt durch die Stadt-/Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek
 - Billigung des Entwurfs
 - Beschluss der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**2015/163**
10. Erlass der Haushaltssatzung 2016 **2015/133**

- | | | |
|-------|--|-------------------|
| 11. | Städtebauförderung
- Maßnahmenplan 2016 | 2016/004 |
| 12. | Städtebauförderung: Einleitungsbeschluss über Vorbereitende Untersuchungen - Städtebauliche Gesamtmaßnahme: Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz" für die Innenstadt/ Schlossbereich
- Zustimmung zum geänderten Fördergebiet: Ergänzungsbe-
reich Bahnhof | 2016/006 |
| 13. | Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan
Nr. 88
- Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd
-- e n t f ä l l t -- | 2015/034/1 |
| 14. | Verschiedenes | |
| 14.1. | Sachstand Lindenhof | |
| 14.2. | Mögliche Ausweisung der Hansdorfer Straße als Fahrradstra-
ße | |
| 14.3. | Erneuerung des Behinderten-WCs am Bahnhof | |
| 14.4. | Barrierefreies Bauen bei Flüchtlingsunterkünften | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Möller begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohner vorgebracht.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 21.01.2016 vorgeschlagene Tagesordnung und fragt, ob es Änderungswünsche gibt. Ein Ausschussmitglied bittet daraufhin um Verschiebung des Tagesordnungspunktes 13 „Vergabe von Straßennamen“, da die Vorlage nicht den Vorgaben des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses entspreche. Weitere Änderungsvorschläge werden nicht vorgebracht.

Ein Ausschussmitglied bittet jedoch grundsätzlich darum, die nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte zu überdenken. Des Öfteren wurden schon Vorhaben vorgestellt, die einige Tage später der Presse zu entnehmen sind. Hierzu bemerkt der Vorsitzende, dass ohne Zustimmung der jeweiligen Betroffenen eine Behandlung im nicht öffentlichen Teil zwingend erforderlich ist. Ergänzend berichtet die Verwaltung, dass grundsätzlich gefragt wird, ob eine Behandlung im öffentlichen Teil der Sitzung möglich ist. Seitens der Betroffenen wird oft erst die Meinung des Bau- und Planungsausschusses abgewartet, bevor an die Presse gegangen wird.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend mit Hinweis auf die überwiegen- den Belange des öffentlichen Wohls und der berechtigten Interessen Einzel- ner über den Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Tagesordnungspunkten 15 und 16 abgestimmt.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt einstimmig und damit mit der ge- mäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich stimmt der Bau- und Planungsausschuss über die gesamte Tages- ordnung ab.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2016 vom 20.01.2016

Keine Einwände. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Die Verwaltung teilt mit, dass es in der heutigen Sitzung keine Berichte bzw. Mitteilungen gemäß § 45 c der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein gibt.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Bau- und Planungsausschusssitzung am 16.12.2015, wo über den Ausbau des Spechtweges gesprochen wurde. Nach Rücksprache mit der Polizei hat die Verkehrsaufsicht dem Wunsch entspro- chen, den Lkw-Verkehr aus der Straße herauszunehmen und ein Verbot für diese angeordnet. Der Linienbus ist hiervon nicht betroffen und darf weiterhin durch den Spechtweg fahren.

7. **45. Änderung des Flächennutzungsplans für das Gebiet nördlich der Straße An der Strusbek auf Höhe der Hausnummern 60 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180m, westlich begrenzt durch das Regenklärbecken östlich der Bahntrasse, nördlich begrenzt durch einen Knick an der Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek**
- Abwägung der Stellungnahmen
- Abschließender Beschluss

Ohne weitere Aussprache wird über die Beschlussvorlage wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8. **Bebauungsplan Nr. 97 für das Gebiet nördlich und östlich der Straße "An der Strusbek" auf Höhe der Hausnummern 56 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180 m, westlich begrenzt durch die Bahntrasse der Wirtschaftsbahn, nördlich begrenzt durch die Stadt-/Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek**
- **Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 97**
- **Beschluss der Bekanntmachung**

Seitens der Ausschussmitglieder werden keine Fragen oder Anregungen vorgebracht, sodass ohne weitere Diskussion über die Vorlage abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. **Bebauungsplan Nr. 97 für das Gebiet nördlich und östlich der Straße "An der Strusbek" auf Höhe der Hausnummern 56 bis 68 in einer Tiefe von 120 m bis 180 m, westlich begrenzt durch die Bahntrasse der Wirtschaftsbahn, nördlich begrenzt durch die Stadt-/Gemeindegrenze zu Delingsdorf, östlich begrenzt durch die Strusbek**
- **Billigung des Entwurfs**
 - **Beschluss der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

Da keine Fragen zur Vorlage bzw. zu dem Entwurf gestellt werden, wird direkt über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Bevor über die Vorlage in Gänze abgestimmt wird, weist die Verwaltung darauf hin, dass am Folgetag eine neue Änderungsliste herausgegeben werden soll. Des Weiteren wird erinnert an das PSK 54100.0900001, Projekt Nr. 230/Gemeindestraßen/An der Strusbek und PSK 54200.0900001, Projekt Nr. 231/Kreisstraßen/Kreisverkehr Beimoorweg.

Wie bereits vor einiger Zeit thematisiert, gibt es zwar Verzögerungen beim Bebauungsplan Nr. 88. Trotzdem sollen die beiden Ansätze 2016 in Absprache mit der Finanzverwaltung unverändert bleiben. Eine Reduzierung der kassenwirksamen Mittel mit der Einstellung entsprechender Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2017 bleibt gegebenenfalls einem eventuellen Nachtrag vorbehalten.

Die Verwaltung nimmt Bezug auf das PSK 52200.1991010/Wohnbauförderung, Zuschuss an Dritte.

Wie bereits in der Bau- und Planungsausschusssitzung am 02.12.2015 berichtet, hat der Verein Heimat e. V. ein Zuschussantrag für die Errichtung von Stellplätzen bei der Stadt Ahrensburg gestellt. Da keine Fraktion hierauf eingegangen ist, wurden seitens der Verwaltung keine Mittel hierfür eingestellt. Daraufhin entgegnet die Ausschussmitglieder, dass man dies falsch verstanden habe und davon ausgegangen sei, dass ein Antrag zu stellen ist, wenn der Zuschuss nicht gewünscht ist. Die SPD-Fraktion greift dies auf und stellt den Antrag: „Dem Verein Heimat e. V. ist ein Zuschussbetrag für die Errichtung von Stellplätzen in Höhe von 10.000 € zu gewähren.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Zuletzt wird über die Vorlage mit den vorgenannten Änderungen mit folgendem Ergebnis abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**11. Städtebauförderung
- Maßnahmenplan 2016**

Bezugnehmend auf die Mittel für die Sicherung des Speichers in Höhe von 50.000 € weist ein Stadtverordneter ausdrücklich darauf hin, dass die dauerhafte Nutzung des Speichers nicht aus den Augen verloren werden sollte. Daraufhin schlägt ein Ausschussmitglied vor, über eine provisorische Nutzung des Speichers nachzudenken.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**12. Städtebauförderung: Einleitungsbeschluss über Vorbereitende Untersuchungen - Städtebauliche Gesamtmaßnahme: Städtebauförderungsprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz" für die Innenstadt/ Schlossbereich
- Zustimmung zum geänderten Fördergebiet: Ergänzungsbereich Bahnhof**

Anhand einer Folie (**vgl. Anlage**) stellt die Verwaltung die Erweiterung des Fördergebiets im Rahmen der Städtebauförderung dar. Diese Erweiterung wurde bereits mit der zuständigen Förderstelle in Kiel abgestimmt. Eine Finanzierung weiterer Maßnahmen in dem erweiterten Fördergebiet wurde bereits in Aussicht gestellt.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass der Bereich des Kinos nicht mit aufgenommen werden konnte, da es bei der Erweiterung nur um den Bahnhofsbereich geht, insbesondere die Aufwertung des öffentlichen Raumes. Des Weiteren wird bestätigt, dass in der Ursprungsvorlage ein Zwischenstand in die Vorlage gerutscht ist, der noch nicht im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt wurde, was jedoch in nächster Zeit nachgeholt werden soll.

Nachdem noch einmal auf den Bereich des Kinos bzw. die P+R-Anlage hingewiesen wird, berichtet die Verwaltung, dass der Bereich ursprünglich bei der Erweiterungsfläche mit drin war, jedoch der Gebietszuschnitt nach Rücksprache mit der Förderstelle korrigiert wurde.

Hinsichtlich der konkreten Förderung - auch der privaten Flächen - wird darauf hingewiesen, dass jede einzelne Maßnahme besprochen wird und hier keine ungewollte Konkurrenzsituation mit privaten Vorhaben gegenüber öffentlichen Vorhaben geschaffen werden kann. Vorausgesetzt, dass keine Sanierungssatzung, die enge Kriterien aufweist vorliegt, besteht kein Rechtsanspruch auf Förderung im Rahmen der Städtebauförderung.

Abschließend wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

13. Vergabe von Straßennamen für das Gebiet Bebauungsplan Nr. 88
- Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd

— *entfällt* —

14. Verschiedenes

14.1. Sachstand Lindenhof

Ein Ausschussmitglied bittet darum mitzuteilen, wie der Sachstand im Verfahren Lindenhof ist. Daraufhin wird auf die Bau- und Planungsausschusssitzung am 20.01.2016, TOP 12.7, hingewiesen. Hierin wurde die Frage bereits beantwortet. Mit dem Satzungsbeschluss ist im Frühjahr/Sommer diesen Jahres zu rechnen.

14.2. Mögliche Ausweisung der Hansdorfer Straße als Fahrradstraße

Ein Ausschussmitglied regt an, den Bereich der Hansdorfer Straße zwischen Manhagener Allee und Ahrensfelder Weg als Fahrradstraße auszuweisen. Dem entgegnet die Verwaltung, dass es hier bereits Diskussionen mit dem Land gibt, da dieses der Auffassung ist, dass hier eine Tempo-50-Zone eingerichtet werden sollte.

14.3. Erneuerung des Behinderten-WCs am Bahnhof

Der Behindertenbeirat nimmt Bezug auf die Haushaltsberatung und den Antrag der SPD-Fraktion über die Einstellung von Planungsmitteln für das Fahrradparkhaus. Er bittet mitzuteilen, weshalb der Antrag abgelehnt wurde. Hierzu entgegnet ein Ausschussmitglied, dass die Planungsmittel erst für 2017 vorgesehen waren und diese immer noch im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2017 eingestellt werden können, man jedoch zunächst die Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchung abwarten sollte. Hinsichtlich der Frage zur Förderung mit GVFG-Mitteln in Höhe von 75 % weist die Verwaltung darauf hin, dass sich diese Quote nur auf die förderfähigen Kosten bezieht und von einer realistischen Förderung von 50 % der Gesamtkosten ausgegangen werden kann. Ob auch ein Behinderten-WC im Fahrradparkhaus förderfähig wäre, müsste mit dem Fördergeber geklärt werden.

14.4. Barrierefreies Bauen bei Flüchtlingsunterkünften

Der Behindertenbeirat bittet darum mitzuteilen, ob die Flüchtlingsunterkünfte barrierefrei hergestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die spätere mögliche Umnutzung. Diesbezüglich teilt die Verwaltung mit, dass jeder Standort einzeln betrachtet werden muss und selbstverständlich die Flüchtlingsunterkünfte, für die eine spätere Umnutzung angedacht ist, im Erdgeschoss barrierefrei hergestellt werden. Dies gilt nicht für die Containerunterkünfte.

Anmerkung der Verwaltung:

Ergänzend zu der Aussage in der Sitzung teilt die Verwaltung mit, dass die Wohnungen im Erdgeschoss nicht nur barrierefrei hergestellt werden, sondern auch die Duschen so errichtet werden, dass diese von Rollstuhlfahrern genutzt werden könnten.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin